

leinstehende Frauen mit aus Einsamkeit und Entwurzelung entstandenen Beschwerden in seinen Sitzungen Heilung suchten und erläuterte: „Es wird uns verboten zu heilen, weil die meisten unserer Patienten an *psychosomatischen Krankheiten* leiden, die nach der Argumentation unserer Kritiker keine Heilbehandlung nach unserer Methode bräuchten... sie versäumten aber, uns Alternativen anzubieten...“ Der Fall Milingo muß im *Kontext der gesamten afrikanischen Kirche* und der Missionen betrachtet werden, und auch wenn es übertrieben ist, ihn zum „Testfall für Afrika“ zu deklarieren, befindet er sich doch *als Afrikaner und Christ in einem Schnittpunkt*. Milingo selbst spricht von sich als einem „am stärksten der Gehirnwäsche ausgesetzten Katholiken“, einem, der nie Gelegenheit hatte, afrikanische Praktiken zu lernen. Den offenen Konflikt zwischen afrikanischen Traditionen und westlichen katholischen Werten hält er für nicht erstrebenswert, was er sucht, ist vielmehr eine mögliche Synthese. Der katholischen Kirche gegenüber ist Milingo absolut loyal. Um so schmerzlicher empfindet er, wie er in seinem Buch „Demarcations“ ausführt, die Trennungslinie, die nach seinen Erfahrungen von der Kirche zwischen Schwarzen und Weißen gezogen worden ist. Eine Synthese von afrikanischer und westlicher Tradition müßte nach Milingos Ansicht eben auch die Offenheit der Europäer und Amerikaner für afrikanische Formen der Vermittlung des Geistes enthalten – zumal als charismatische Übungen auch von weißen Christen praktiziert werden und eine christliche Annäherung der afrikanischen Auffassung von Geist und Welt das Odium des unheilvollen Zaubers nehmen könnte.

### Ein sambisches Schisma?

Zwei Gruppen katholischer Laien haben im Oktober mit der *Abspaltung von Rom* und der Errichtung einer „wahrhaft sambischen Kirche“ gedroht, wenn der Vatikan nicht „bald“ Milingo wieder in sein Amt einsetze oder „autoritativ“ erkläre, warum er in Rom „festgehalten und von der Außenwelt isoliert“ wird. Erzbischof *Elias Mutale* von Kasama als Verweser des Erzbistums nach Lusaka geschickt worden ist, sieht sich zunehmendem Druck ausgesetzt.

*Peter Mutufungwa*, der Sprecher einer Gruppe protestierender Laien, hat nicht nur Erzbischof Mutale, sondern auch Pronuntius Zur aufgefordert, etwas für die „Freilassung“ Milingos zu unternehmen. Er hat angekündigt, die Katholiken würden die Angelegenheit „selbst in die Hand nehmen“, wenn der Pronuntius „nichts“ tue. Mutale hat dieses „Ultimatum“ als „Unverschämtheit“ öffentlich gerügt und Mutufungwas Gemeindepfarrer aufgefordert, sich mit ihm zu befassen. Er könne es nicht dulden, daß sich jemand „gegen die Autorität des Heiligen Vaters“ auflehne. Darauf reagierte die Gruppe um Mutufungwa mit der Forderung, Mutale, der „Schande über die katholischen Christen gebracht“ habe, indem er sich „auf die Seite der weißen Priester“ und des Pronuntius gestellt habe, müsse abgelöst werden (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 10. 82). Andere Katholiken haben eine „*Christliche Aktionsgruppe*“ gegründet, die ebenfalls die Ablösung Mutales und die Wiedereinsetzung Milingos fordert, „falls dieser nicht zu Recht in Rom festgehalten wird“. Beide Gruppen haben der Kirche mit der Möglichkeit einer

Kirchenspaltung gedroht, die ihnen vom Pronuntius „aufgedrängt“ werde. Die Rückberufung Milingos wurde, davon sind seine Anhänger, darunter nicht nur Katholiken, überzeugt, durch sein gespanntes Verhältnis zum Pronuntius zumindest beschleunigt. Milingo hatte nie verhehlt, daß er paternalistische Formen der Missionierung und die dazugehörige Haltung für überholt hielt. So hatte er bereits 1973 in einem Interview klargestellt: „Bestimmte Missionare halten uns immer wieder die Vergangenheit vor: ‚Ohne uns wärt Ihr nicht das, was Ihr heute seid.‘ Während langer Jahre haben wir unter der Bevormundung der Europäer gelitten, jetzt wollen wir als gleichwertig eingestuft werden“ (D.I.A., 13. 10. 73).

Man vermutet aber auch *politische Gründe*, denn seine Suspendierung dürfte dem Staatspräsidenten *Kenneth Kaunda* sehr gelegen kommen, auch wenn er dementiert, etwas damit zu tun zu haben. Kaunda, der Sambia seit 1964 beherrscht und das Land in den wirtschaftlichen Ruin geführt hat, wurde 1979 von der Katholischen Bischofskonferenz, dem Christlichen Rat von Sambia und der Sambischen Evangelischen Gemeinschaft in einem Dokument „*Marxismus, Humanismus und Christentum*“ angegriffen (vgl. HK, März 1980, 144 ff.). Darin verurteilten die Autoren die von Kaunda verkündete Lehre der von ihm „Humanismus“ genannten Variante des Marxismus und sprachen sich gegen den „wissenschaftlichen Sozialismus“ als verbindliche Weltanschauung aus. Milingo, der auch öffentlich die Korruption in Sambia anprangerte, erwieß sich dabei und auch bei anderen Gelegenheiten als einer der deutlichsten Kritiker des Staatschefs. C. S.

## Die Kirchen und die Abschreckung

### Zu neueren kirchlichen Beiträgen zur Friedensdiskussion

Kirchliche Stellungnahmen zu Rüstung und Frieden im Atomzeitalter gibt es nicht erst seit den letzten Jahren: Man braucht nur an die Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“ des Zweiten Vatikanums zu erinnern, an die „*Heidelberger Thesen*“ von 1959 oder auch an die Kernwaffendeklaration der Niederländischen Hervormde

Kerk aus dem Jahr 1962. Allerdings markieren die ausgehenden siebziger Jahre einen *Einschnitt*. Seither ist die kirchliche Friedensdiskussion vielerorts in ein neues Stadium getreten. Auf dem Hintergrund einer veränderten weltpolitischen Situation, für die das Stichwort vom vorläufigen Ende der Entspannung steht, und weithin paral-

lel zur Entstehung der Friedensbewegung haben die Fragen nach dem Wettrüsten, der Friedenssicherung durch Atomwaffen und der besonderen christlichen Verantwortung für den Frieden in zahlreichen Kirchen neue, oft recht unerwartete Brisanz erhalten. Das gilt für die evangelische Kirche in der DDR ebenso wie für die katholische Kirche in den USA, für den deutschen Katholizismus und Protestantismus ebenso wie für die Church of England, nicht zu vergessen die Kirchen in den Niederlanden.

Es hat sich inzwischen gezeigt, wie sehr die Diskussion und die einschlägigen Stellungnahmen in den einzelnen Kirchen vom konkreten politisch-gesellschaftlichen Kontext im jeweiligen Land und von spezifischen konfessionellen Vorgaben und Traditionen bestimmt werden. Es haben sich aber auch *Gemeinsamkeiten* herauskristallisiert: Gleich von welcher Seite der weitverzweigte Fragenkomplex jeweils angepackt wird und welche speziellen Akzente man setzt, es treten immer dieselben Probleme in den Vordergrund: Ist das System der nuklearen Abschreckung ethisch zu legitimieren? Welche konkreten Forderungen an die staatliche Außen- und Sicherheitspolitik wie an das Verhalten der einzelnen Christen ergeben sich aus der Situationsbeurteilung im Licht des christlichen Glaubens? Dahinter stehen Grundfragen nach Recht und Grenzen politischer Stellungnahmen der Kirche wie nach den Faktoren, die in eine ethische Urteilsbildung eingehen müssen.

### Drei Stellungnahmen sorgen für Aufregung

Eine Vorreiterrolle in der neueren kirchlichen Friedensdiskussion spielten die niederländischen Reformierten. Die *Generalsynode der Hervormde Kerk* legte im Sommer 1979 eine umfangreiche Handreichung „Kernbewapening“ vor, der ein Jahr später ein kurzer Pastoralbrief zur Frage der Kernwaffenrüstung folgte (beide Texte sind in deutscher Übersetzung zugänglich in: *Kirche und Kernbewaffnung*, Neukirchener Verlag, 1981). Im Herbst 1981 erschien die *Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland* mit dem Titel „Frieden wahren, fördern und erneuern“ (vgl. HK, Dezember 1981, 603–605). Auf katholischer Seite sind sowohl in den Niederlanden wie in der Bundesrepublik bischöfliche Stellungnahmen zum Thema Frieden und Rüstung in Vorbereitung: Die niederländischen Bischöfe haben nach einer längeren Anlaufphase jetzt den Entwurf für einen Hirtenbrief in Auftrag gegeben, der im kommenden Frühjahr verabschiedet und veröffentlicht werden soll. Etwa um diese Zeit ist auch mit dem seit längerer Zeit in Aussicht gestellten *Hirtenbrief der deutschen Bischöfe* zu rechnen.

Aus den letzten Monaten sind vor allem drei kirchliche Stellungnahmen zu verzeichnen, die einiges Aufsehen erregt haben. Das gilt besonders vom zweiten Entwurf für einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der USA zum Thema Krieg und Frieden, der nicht nur in den Vereinig-

ten Staaten hohe Wellen schlug, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit sehr kontrovers aufgenommen wurde (vgl. HK, Dezember 1981, 580 f.). In England legte eine Arbeitsgruppe des Ausschusses für gesellschaftliche Verantwortung der anglikanischen Staatskirche Mitte Oktober den 180 Seiten starken Bericht „*The Church and the Bomb*“ vor (vgl. HK, November 1981, 569), der im nächsten Februar von der Generalsynode verhandelt werden wird. Der Bericht, dessen Grundthesen schon im Sommer an die Öffentlichkeit kamen, stieß in der Kirche auf einigen Widerspruch und verschärfte die gegenwärtigen Spannungen zwischen der Church of England und Teilen der Konservativen Regierungspartei. Schließlich ist die kurze *Erklärung des Reformierten Bundes* „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ zu nennen (vgl. HK, Oktober 1981, 518), die mit ihren steilen Thesen zwar in offiziellen Gremien des deutschen Protestantismus auf wenig Gegenliebe stieß, zumindest aber die bestehenden Gegensätze heraustreten ließ.

Wichtige kirchliche Stellungnahmen zu Rüstung und Frieden:

Kirche und Kernbewaffnung. Als Handreichung vorgelegt von der **Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk**, Neukirchener Verlag, 1981.

Wort an die Gemeinden zur Kernbewaffnung. Vorgelegt von der **Generalsynode der Nederlandse Hervormde Kerk**, Neukirchener Verlag, 1982.

Frieden wahren, fördern und erneuern. **Denkschrift der EKD**, Gütersloher Verlagshaus 1981.

Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. **Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes**, Gütersloher Verlagshaus 1982.

**The Church and the Bomb**. Nuclear Weapons and Christian Conscience. The Report of a working party under the chairmanship of the Bishop of Salisbury, Hodder and Stoughton, London 1982.

**Pastoral Letter of the National Conference of Catholic Bishops on War and Peace**. Second Draft. The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response, Washington D.C. October 1982.

Mit Recht umstritten ist dabei gerade das Spezifikum der reformierten Erklärung, daß sie nämlich aus dem christlichen Glauben an Schöpfung und Erlösung unmittelbar ein bedingungsloses Nein nicht nur zum Einsatz, sondern auch schon zur Entwicklung, Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln ableitet. Durch die Friedensfrage, so heißt es, sei der „Status confessionis“ gegeben, weil es in der Stellung zu Massenvernichtungsmitteln um *Bekennen und Verleugnen des Evangeliums* gehe. Damit wird ein Begriff aufgenommen, der schon in der Atomwaffendiskussion der fünfziger Jahre im deutschen Protestantismus herangezogen wurde und den die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 1977 in Dar-

essalam auf die Situation im südlichen Afrika anwandte. So nimmt es auch nicht wunder, daß die Kontroverse über die reformierte Erklärung neben der Kritik an ihren teilweise fragwürdigen politischen Positionen weithin zu einem Disput um Grundfragen einer protestantischen Ethik des Politischen wurde. Der Rat der EKD bezog die Gegenposition, wenn er feststellte, Fragen des innerweltlichen Überlebens dürften, so wichtig sie seien, nicht mit Fragen des Glaubens verwechselt und zu Bekenntnisfragen gemacht werden. Unter den gleichen Vorzeichen verläuft auch die Diskussion in den evangelischen Kirchen der DDR: Auf der Bundessynode Ende September wurde die Konferenz der Kirchenleitungen unter anderem darum gebeten, „zur Klärung des Begriffs ‚status confessionis‘ in Verbindung mit den Fragen des Friedens eine Untersuchung in Auftrag zu geben“.

Solche Spezifika einer konfessionellen Tradition spielen im *Bericht der Arbeitsgruppe der Church of England*, an dem im übrigen auch ein katholischer Moraltheologe mitarbeitete, keine Rolle. Vielmehr stützt sich „The Church and the Bomb“ bei der ethischen Urteilsfindung primär auf die „gemeinsame, auf christlichen wie nichtchristlichen Quellen beruhende ethische Tradition“ der Lehre vom gerechten Krieg. Erst in einem zweiten Schritt wird vom biblischen Befund her argumentiert, vor allem um deutlich zu machen, daß und warum sich Christen auf die Probleme von Krieg und Frieden konkret einlassen müßten, nicht um daraus Rezepte für die Gegenwartsprobleme zu entnehmen. Den Ausführungen über ethische Probleme sind ausführliche Kapitel vorangestellt, die über die Wirkungen von Atomwaffen, über die strategischen Planungen der Atommächte, die Risiken des Systems der nuklearen Abschreckung und die Ost-West-Spannungen informieren.

### Ist Abschreckung mit Atomwaffen moralisch vertretbar?

In Rückgriff auf die *Kriterien für einen gerechten Krieg* trifft sich das englische Dokument weitgehend mit dem zweiten Entwurf für den amerikanischen Hirtenbrief; die beiden Texte liegen auch in den Folgerungen, die sie daraus für die Haltung der Kirche zu den Atomwaffen ziehen, sehr nahe beieinander. Allerdings gehen die Verfasser methodisch unterschiedlich vor: „The Church and the Bomb“ trennt stärker zwischen der strategisch-politischen Analyse und den ethischen Problemen und konkreten Empfehlungen, während der amerikanische Entwurf die verschiedenen Ebenen immer miteinander abhandelt. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß der Hirtenbrief im Schlußteil auf pastorale Fragen eingeht, die der englische Arbeitsbericht (ein anderes Genus!) nicht behandelt. Schließlich sind auch die konkreten politischen Empfehlungen an der besonderen Situation der USA oder Großbritanniens orientiert. So lautet die wichtigste Forderung von „The Church and the Bomb“, das Vereinigte Königreich solle auf seine *unab-*

*hängige nukleare Abschreckungsstreitmacht* vollständig verzichten, um damit ein Zeichen zu setzen.

In den beiden Gretchenfragen, wie es die Kirche mit dem Einsatz von Atomwaffen einerseits und ihrer Verwendung als Mittel der Abschreckung andererseits halte, kommt der englische Bericht zu klareren Antworten als der Entwurf der US-Bischöfe. Während ersterer jeden Einsatz von Nuklearwaffen als unmoralisch verurteilt („Unserer Ansicht nach kann vernünftigerweise nicht daran gezweifelt werden, daß die Lehre vom gerechten Krieg den Einsatz von Nuklearwaffen ausschließt“), spricht das amerikanische Dokument zwar an mehreren Stellen ein entschiedenes, kategorisches „Nein“ zum Atomkrieg, läßt bei der *Beurteilung der einzelnen Szenarios* aber offen, ob ein nuklearer Vergeltungsschlag gegen militärische Ziele nicht doch erlaubt sein könnte. Größer sind die Differenzen allerdings beim zweiten Punkt: „The Church and the Bomb“ kommt zu dem Ergebnis, *auch die Abschreckung mit Nuklearwaffen* sei nicht mehr moralisch zu rechtfertigen. Die trotz dieser klaren Entscheidung differenziert-abwägende Argumentation – sie erkennt z. B. ausdrücklich an, daß die Entscheidung für wie gegen die nukleare Abschreckung beträchtliche Risiken in sich berge – hebt sich allerdings wohltuend von dem Pathos der Erklärung des reformierten Moderaments ab. Der amerikanische Entwurf steht dem englischen Dokument an Skepsis im Blick auf die Risiken und Dilemmata der Abschreckung in nichts nach; dennoch spricht er ein bedingtes Ja zur nuklearen Abschreckung, wobei ihm die Argumentation allerdings ersichtliche Schwierigkeiten bereitet.

Nicht umsonst erteten gerade diese Passagen des Entwurfs bei der Vollversammlung der Bischofskonferenz Mitte November sehr viel *Kritik*, während sich ein Großteil der Bischöfe sowohl mit dem Text als ganzem wie mit anderen inhaltlichen Schwerpunkten einverstanden erklärte. Bedenken kamen dabei aus zwei einander entgegengesetzten Richtungen: Etliche Bischöfe setzten sich für eine noch kritischere Position der atomaren Abschreckung gegenüber ein oder verlangten genauere Aussagen zu einzelnen umstrittenen Rüstungsmaßnahmen innerhalb des Systems der Abschreckung, etwa zur MX-Rakete. Andere dagegen plädierten für eine positivere Haltung im Blick auf die *friedenssichernde Funktion* der Abschreckung.

Während der Vollversammlung erreichte die Bischöfe ein siebenseitiger offener Brief des Sicherheitsberaters von Präsident Reagan, *William Clark*. Darin kritisierte Clark namens der US-Regierung, daß der Entwurf die amerikanischen Bemühungen um nukleare und konventionelle Abrüstung nicht genügend würdige und wies darauf hin, die Abschreckungsstrategie sei kein Ziel an sich, sondern diene dazu, Krieg zu verhüten und die „Werte, die wir hochhalten“ zu bewahren.

Der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe soll auf einer außerordentlichen Vollversammlung Anfang Mai 1983 verabschiedet werden; erst dann wird sich zeigen, für welche Position in Sachen Abschreckung sich die

Mehrheit schließlich entscheidet. Dagegen läßt sich schon jetzt mit einiger Sicherheit voraussagen, daß der englische Bericht mit seiner Absage an die nukleare Abschreckung und seinen Vorschlägen für eine einseitige britische Abrüstung *kaum offizielle Position der Church of England* werden wird. Die beiden Dokumente machen jedenfalls eine *Grundschwierigkeit* deutlich, der keine kirchliche Stellungnahme entgeht, die sich auf diesen Fragenkomplex einläßt: Ein „Nein“ zur Abschreckung mit Nuklearwaffen läßt sich nicht unmittelbar aus theologisch-ethischen Prämissen ableiten, sondern setzt eine bestimmte militärisch-politische Situationsanalyse voraus. Das macht die grobschlächtige Argumentation des reformierten Memorandums ebenso klar wie die differenzierte von „The Church and the Bomb“. Über viele Faktoren, die in eine solche Analyse eingehen, sind aber die Meinungen mit guten Gründen geteilt, beispielsweise darüber, inwieweit neue waffentechnische Entwicklungen und strategische Planungen einen Atomkrieg „führbar“ und damit wahrscheinlicher machen oder die Chancen für Abrüstungsschritte verringern. Unter den gegebenen Umständen hat das entschiedene Nein zur atomaren Abschreckung zwar durchaus Gründe für sich, ist aber damit nicht schon zwingend oder gar die für den Christen einzig legitime Entscheidung. Im übrigen muß selbst die reformierte Erklärung eingestehen: „Wir wissen, daß ein solches ‚Nein‘ mühsam in politisches Handeln umgesetzt werden muß und daß seine Realisierung nur durch einen schwierigen Prozeß der Abrüstung denkbar ist.“

Nun ist allerdings auch das Ja zur Abschreckung mit Atomwaffen, zu dem sich von einer jeweils verschiedenen Argumentationsbasis aus die Friedensdenkschrift der EKD und der Entwurf der US-Bischöfe durchringen, kein unverrückbarer Glaubenssatz, sondern *Ergebnis einer Güter- und Risikoabwägung*. Nicht umsonst wird dieses Ja in beidem Fällen an strenge Bedingungen geknüpft, wobei die Kirchen bei der Abwägung, ob konkrete Rüstungsmaßnahmen diesen Bedingungen genügen oder zuwiderlaufen, nur sehr begrenzt über eine spezifische Kompetenz verfügen. Keine Befürwortung der nuklearen Abschreckung als einer unter den gegenwärtigen Bedingungen für Christen akzeptablen politischen Option kann allerdings einem Dilemma entkommen, das immer wieder eingestanden wird: Abschreckung bedeutet gegenwärtig die Bereitstellung von Waffen, deren Einsatz unter keinen Umständen moralisch zu rechtfertigen wäre. „The Church and the Bomb“ formuliert lapidar: „Wenn das Abschreckungsinstrumentarium funktionieren soll, muß der Feind davon überzeugt sein, daß man willens ist, es einzusetzen; muß man es aber einsetzen, hat die Abschreckung versagt.“

### Schwierigkeiten bei der Urteilsbildung

Es ist verständlich, daß sich die kirchliche Friedens- und Rüstungsdiskussion auf die Frage nach der Erlaubtheit der nuklearen Abschreckung zugespitzt hat. Schließlich zieht eine Entscheidung in die eine wie in die andere Rich-

tung weitreichende Konsequenzen nach sich: für das Gespräch innerhalb der jeweiligen Kirche, für ihre Stellung in der Öffentlichkeit und zur jeweiligen politischen Führung des eigenen Landes mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür lieferten die Reaktionen auf den Hirtenbriefentwurf der amerikanischen Bischöfe reichlich Anschauungsmaterial: In einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der den Bischöfen schlicht vorwarf, die westliche Abschreckungsstrategie nicht begriffen zu haben, hieß es: „Abschreckung ist nur möglich, wenn die beteiligten Bürger von der moraltheologischen Berechtigung einer beschränkten Abschreckungspolitik im Sinne der sieben alten Kriterien des gerechten Krieges überzeugt sein dürfen“ (FAZ, 23. 11. 82).

Nun sind aber die Aussagen des Entwurfs zur Bewertung der Abschreckung mehr ein Indiz für den in dieser Frage *innerhalb der Kirchen bestehenden Dissens* als eine eindeutige Positionsbestimmung. Dieser Dissens, wie er auch in der Diskussion im deutschen Protestantismus über Friedensdenkschrift und reformierte Erklärung zum Ausdruck kommt, ist kein Zufall. Er ist vielmehr der bezeichnendste Beleg für die Probleme, die sich zwangsläufig bei der kirchlichen Urteilsbildung zu Rüstung und Frieden ergeben. Nachdem inzwischen eine ganze Reihe von Stellungnahmen vorliegt, treten ihre Möglichkeiten wie Grenzen deutlicher hervor.

Das gilt schon für den jeweils gewählten *Ansatz*: Während die EKD-Denkschrift anmerkt: „Die Kirchen müssen sich sowohl in der Bundesrepublik wie in der Ökumene fragen, ob und inwieweit sie gut daran tun, sich in eine detaillierte Erörterung der Beschaffenheit und der Qualität von atomaren und konventionellen Waffensystemen und militärischen Strategiekonzeptionen zu verwickeln“, und das Defizit an politischem Gehalt der kirchlichen Diskussion moniert, schlagen „The Church and the Bomb“ und der amerikanische Entwurf gerade den anderen Weg ein, indem sie die ethische Problematik von Nuklearwaffen und -strategien in den Mittelpunkt rücken. Beide Zugangswege sind legitim und ergänzen einander in gewisser Hinsicht; allerdings besteht im zweiten Fall die Gefahr, die militärischen Faktoren gegenüber dem *politischen Kontext* zu isolieren und sich an hypothetischen Szenarios festzubeißen.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist zu nennen. Der amerikanische Entwurf stellt mit Recht fest: „Keine zu früheren Zeiten entworfene moralische Position kann sich der fundamentalen Herausforderung durch die gegenwärtige Nuklearstrategie entziehen.“ Die Schwierigkeiten, ethische Orientierungen in der gegenwärtigen Friedens- und Rüstungsdiskussion zu gewinnen und die verschiedenen Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen, sind allen Stellungnahmen gemeinsam und werden meist auch ausdrücklich reflektiert. Die Bandbreite im einzelnen reicht von der reformierten Erklärung mit ihren apodiktisch-direkten Ableitung politischer Optionen aus der christlichen Botschaft bis zum englischen Bericht, der

jeden Argumentationsschritt auf dem Weg der ethischen Urteilsbildung sorgfältig überprüft und auch die jeweiligen Alternativen zu würdigen versucht. Sowohl „The Church and the Bomb“ wie der amerikanische Entwurf legen allerdings verhältnismäßig wenig Gewicht auf die *biblisch-theologische Fundierung*; auch schon in der EKD-Denkschrift war der Passus über das Verhältnis des Friedens Christi zu den menschlichen Friedensanstrengungen nicht besonders aussagekräftig.

### Wirkungen in Kirche und Öffentlichkeit

Nicht zuletzt solche *Schwierigkeiten einer ethischen Urteilsbildung* in der Spannung zwischen christlicher Verkündigung, ethischen Modellen und konkreter politischer Situationsanalyse führen zu der Frage, welchen Stellenwert offizielle kirchliche Äußerungen zur Friedensproblematik in Kirche und Öffentlichkeit haben bzw. haben können und sollen. Hier ist zunächst das *unterschiedliche literarische Genus* zu beachten, das von der Struktur der jeweiligen Kirche abhängt wie von den spezifischen Formen, die sie für öffentliche Äußerungen kennt: Denkschrift, Hirtenbrief, Handreichung für die Gemeinden. Die einzelnen Texte geben auch selber über ihre *Intention* und ihre *Zielgruppen* Rechenschaft: So war die Handreichung der Hervormde Kerk ausdrücklich als Diskussionsgrundlage für die Gemeinden gedacht; nach Auswertung ihrer Stellungnahmen wurde dann von der Generalsynode der Pastoralbrief verabschiedet, in dem es heißt: „Wir setzen uns deshalb für einen intensiven Dialog auf allen Ebenen unserer Kirche ein, damit diejenigen, die sich unserer Entscheidung anschließen, und diejenigen,

die unsere Entscheidung ablehnen, voreinander über ihre tiefsten Motive Rechenschaft ablegen“. Der amerikanische Entwurf richtet sich ausdrücklich an die katholischen Gläubigen wie „an alle Menschen guten Willens“. Er stellt fest, daß es gegenwärtig innerhalb der Kirche sehr unterschiedliche Positionen in der Friedensfrage gebe; der Hirtenbrief solle eine gemeinsame Grundlage aufzeigen, auf der ein Konsens möglich sei. „The Church and the Bomb“ unterscheidet zwischen Schlussfolgerungen, die konsensfähig seien und weiteren Empfehlungen, für die die Verfasser keine ungeteilte Zustimmung erwarten. So viel läßt sich festhalten: Beschränkt sich eine kirchliche Stellungnahme zur Friedensdiskussion auf allgemeine Appelle oder Grundprinzipien, zeigt sie nur wenig Wirkung; bemüht sie sich, wie die EKD-Denkschrift, ausdrücklich um einen Konsens zwischen divergierenden Positionen, erntet sie Kritik von fast allen Seiten; geht sie sehr ins Detail, wie der amerikanische Entwurf, wird sie leichter angreifbar und ruft entsprechend Widerspruch hervor.

Ein politischer Faktor sind offizielle kirchliche Äußerungen auf jeden Fall, auch wenn sie in der eigenen Glaubensgemeinschaft nicht widerspruchslos akzeptiert werden. Dafür lieferten die massiven Interventionen der Regierung Reagan und ihr ideologisch nahestehende Kreise in den Auseinandersetzungen um den Entwurf der US-Bischöfe mehr als deutlich den Beweis. Auf den Kirchen lastet damit eine *schwere Verantwortung*: Gerade bei Stellungnahmen zu Rüstung und Frieden hängt viel davon ab, daß sie ihre Argumente sorgfältig prüfen, sich der politischen Implikationen bewußt sind, und ihre spezifische Kompetenz benutzen, aber auch nicht überschreiten. *Ulrich Rub*

## „Und haben fast die Sprache verloren ...“

### Ein Interview mit Bischof Egon Kapellari über Kirche und Kultur

*Seit einiger Zeit sind gesamtkirchlich und im deutschen Sprachraum Bemühungen im Gange, das Verhältnis der Kirche zur Kultur als ganzer und speziell zur Kunst und Literatur neu zu bedenken. Einer, der als langjähriger Studentenfarrer in Graz und in seiner noch kurzen Zeit als Bischof sich besonders dieser Aufgabe angenommen hat, ist der Bischof von Klagenfurt, Egon Kapellari. Wir sprachen mit ihm darüber, was dabei menschlich und christlich eigentlich auf dem Spiel steht. Die Fragen stellten Fritz Csoklich und David Seeber.*

**HK:** Herr Bischof Kapellari, in der manchmal recht oberflächlichen Debatte des Tages wird davon gesprochen, daß über uns alle in den vergangenen Jahren eine Kulturrevolution hinweggegangen sei. Die Sitten, auch die Bräuche hätten sich verändert, die früher viele Menschen geprägt haben; Theater, Kino und Fernsehen sind von Brutalität beherrscht und zeigen vorwiegend das Böse, die sogenannte heile Welt ist oft nur noch ein Gegenstand des

Spottes. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung unserer Kultur im weitesten Sinn des Wortes?

**Kapellari:** Ich kann mich nicht zum Richter über eine Epoche aufschwingen, und ich wage keine Generaldiagnosen oder Generalwertungen. Die Kirche hat heute dieselbe Aufgabe wie immer, sei es in ruhigen Zeiten oder auch in Zeiten des Umbruchs: Sie muß das Evangelium den Zeitgenossen als verstehbare Herausforderung verkünden. Dieser Aufgabe wird sie schwer gerecht werden, wenn sie voreilig moralisiert. Auf Kultur angesprochen wird die Kirche ihren Auftrag am ehesten erfüllen können, wenn sie in sich selbst eine glückliche Spannung, eine kreative, produktive Balance zwischen Kultur als Ethos, Moral, Politik einerseits und Kultur als Kunst zuwege bringt und so der jeweiligen Gesellschaft ein Modell anbietet.

**HK:** Sie beschreiben Kultur einschließlich der gesellschaftlichen, ja sogar der politischen Lebensäußerungen.